

Avanti

2

Theoriebeilage

„Rebellion und
Solidarität!“

von
Ernest Mandel

ISO Rhein-Neckar

GEGENWEHR JETZT!



REGIERUNG & BOSSE STOPPEN!

INHALT

TITEL

- 01 GEGENWEHR JETZT**
Regierung & Bosse stoppen!

EDITORIAL / INHALT / KURZ & KNAPP

- 02 KAPITALISMUS**
Kurz & Knapp?

SEITE DREI

- 03 GEGENWEHR JETZT**
Regierung & Bosse stoppen!

ANTIMILITARISMUS

- 04 FRIEDENSTÜCHTIG WERDEN**
Aber wie?

- 05 NEIN ZUM KRIEGSDIESNT**
Schulstreiks gegen „Wehrpflicht“

ARBEITSWELT

- 06 FÜR AKTIVE GEGENMACHT**
Petition gegen Generalangriff?

- 08 ARBEITSUNRECHT IM VISIER**
Was tun gegen BR-Mobbing!

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

klimatisch erleben wir einen heißen Herbstanfang.

Auf der Ebene der Proteste gegen den zynischen Klassenkampf von oben gibt es immerhin sichtbare Bewegung. Von einem politisch heißen Herbst des Widerstands gegen Regierung und Kapital sind wir aber noch weit entfernt. Denn es gilt: „Ohne Streik wird sich nichts ändern“.

In der Oktoberausgabe von *Avanti*² befassen wir uns nicht nur mit dieser Thematik, sondern unter anderem auch mit dem zu verstärkenden Kampf gegen Militarisierung und „Kriegstüchtigkeit“.

In der Theoriebeilage veröffentlichen wir Ernest Mandels dringenden Appell „Widerstand, Rebellion, unbegrenzte Solidarität“.

Wir freuen uns auf Euer Interesse und auf ein baldiges Wiedersehen!

Eure Redaktion

*Titelbild: DGB-Aktionstag in Stuttgart,
26. September 2026. Foto: Helmut Roos.*

INHALT

„KRIEGSTÜCHTIGKEIT“

- 09 SCHRITTE ZUM KRIEG**
„Feindstaatliche Operationen“?

ANTIFASCHISMUS

- 10 LECHLEITER-GEDENKEN 2026**
Den Faschismus bekämpfen

ISO / IV. INTERNATIONALE

- 11 INTERNATIONALER AUSTAUSCH**
Jugendcamp in Süddeutschland?

RÜCKBLENDE / TERMINE

- 12 KUNDGEBUNG GEGEN RECHTS**
Ohne konsequente Einheit

- 12 TERMINE**
Welche Veranstaltungen?

THEORIEBEILAGE

- 01 REBELLION UND SOLIDARITÄT**
Internationalismus als Chance

Hitzetod im Sommer 2026

R. S.

Nach den konservativen Schätzungen des RKI starben bisher in 2026 etwa 16.000 Menschen. Hiervon war rund die Hälfte älter als 85 und 10 % jünger als 65 Jahre.

Die Zahlen wurden nach einem Hitze-Modell berechnet und könnten auch höher liegen. Nach den Angaben des RKI kam es im Sommer 2026 von Mitte Mai bis Mitte August zu einer Übersterblichkeit von geschätzten 18.700 Menschen. (Quellen: FR, 07.08.2026 und www.rki.de abgerufen am 27.8.2026.) ■

KURZ & KNAPP

Lebensgefahr für Aktive

R. S.

Weltweit wurden 2025 laut der NGO „Global Witness“ mindestens 124 Land- und Umweltschützer:innen getötet. 105 allein in Lateinamerika.

Indigene und Kleinbäuer:innen leiden unter Landraub, Einschüchterung und Gewalt. Menschen, die ihr Land und die Umwelt verteidigen, sind die „Augen und Ohren der Welt vor Ort“. Sie machen sichtbar, wo Ökosysteme zerstört, Wälder gerodet oder Flüsse verschmutzt werden. (Quelle: FR, 17.09.2026.) ■

Gegenwehr jetzt! Regierung & Bosse stoppen!

U. D.

Trotz ihrer Niederlagen bei den Wahlen in Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin halten die Regierungsparteien CDU/CSU und SPD an ihrer Politik im Interesse der Reichen und der Konzerne fest: sozialer Kahlschlag, schlechtere Arbeitsgesetze, Aufrüstung, Nationalismus, mehr staatliche Überwachung und Abschottung gegen Asyl- und Schutzsuchende.

Diese Wahlen haben erneut gezeigt, dass sich in Deutschland der Rechtsruck und der aufhaltbare Aufstieg der AfD dramatisch fortsetzen. Darüber darf auch der Wahlsieg der Partei DIE LINKE in Berlin nicht hinwegtäuschen. Diese Entwicklung hat mehrere Gründe.

Neoliberaler Irrsinn

Seit Jahrzehnten setzt die nach rechts rückende „bürgerliche Mitte“ neoliberale Ideen um: Der internationale Waren- und Kapitalverkehr wurde dereguliert und die Verlagerung von Standorten vereinfacht. Kapital und Unternehmen wurden immer mehr von gesetzlichen Auflagen und Steuern „befreit“. Gleichzeitig wurden und werden weltweit die öffentliche Daseinsvorsorge und die Rechte der arbeitenden Klassen angegriffen.

Die Folgen sind verheerend. Die Klimakatastrophe wird beschleunigt. Die globale Konkurrenz verschärft sich. Aufrüstung und Kriegstreiberei erhöhen die Kriegsgefahr. Die enorme Konzentration von Reichtum und Macht wächst weiter. Die extreme Rechte gewinnt bedrohlich an Zustimmung.

Neoliberale Lähmung

Die sozialistische Idee wurde durch stalinistischen Terror und sozialdemokratischen Verrat diskreditiert. In der organisierten Gewerkschaftsbewegung kämpft heute nur noch eine Minderheit für einen solidarischen, ökologischen und rätedemokratischen Sozialismus. Stattdessen hat die Mehrheit ihrer Führung Teile der neoliberalen Ideen übernommen und setzt auf das „sozialpartnerschaftliche“ Entgegenkommen von Bossen und Regierung statt auf die eigene Kampfkraft.

Daher ist es kein Wunder, dass das politische Klassenbewusstsein und die Kampffähigkeit der arbeitenden Klasse weiter zurückgehen. Dies hat den Spielraum für rechtsextreme und faschistische Parteien erheblich vergrößert.

Die Bosse machen ernst

Diese Entwicklung nutzen die Bosse aus und greifen massiv die Arbeits- und Lebensbedingungen der arbeitenden Klasse an. Längst haben sie die vorgetäuschte „Sozialpartnerschaft“ durch den offenen Klassenkampf von oben ersetzt.

So fordern sie unter anderem noch flexiblere und längere Arbeitszeiten, weitere Verschlechterungen beim Arbeitsrecht, beim Kündigungsschutz, beim betrieblichen Umwelt- und Gesundheitsschutz und bei der Mitbestimmung, noch mehr Sozialabbau, noch weniger Kontrolle und weitere Steuersenkungen.

Sie vernichten in Deutschland hunderttausende tariflich abgesicherte Arbeits- und Ausbildungsplätze; allein 2025 waren es mehr als 120.000. Sie transferieren Kapital und verlagern Produktionsstandorte in andere Länder, weil sie dort noch höhere Profite wittern.

Regierung & Bosse stoppen

Angesichts dieser Entwicklung drängt die Zeit. Nur ein breiter und solidarischer Widerstand bis hin zum Generalstreik kann letztendlich die Angriffe von Bossen und Regierung und den bedrohlichen Aufschwung der extremen Rechten stoppen.

Dazu muss in Arbeitswelt und Gewerkschaften die Kampf- und Streikbereitschaft gestärkt werden. Gewerkschaftliche Aktionstage wie am 26. September 2026 sind dafür wichtige Schritte. Doch „schmerzfreie“ Samstage reichen nicht aus. Notwendig sind Aktionen während der Arbeitszeit: wiederholte Toraktionen, zusätzliche Betriebsversammlungen oder die Ablehnung von Überstunden durch Betriebsräte. Dabei kann nicht nur der Zusammenhang von betrieblichen, sozialen und politischen Angriffen verdeutlicht werden, sondern auch die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Gegenwehr bis hin zum Streik.

Mit der Petition „Gegenwehr jetzt!“ (www.change.org/GEGENWEHR-JETZT) können wir auf diesem Weg vorankommen, aktionsbereite Kolleg:innen vernetzen und die innergewerkschaftliche Diskussion um kämpferische Antworten voranbringen.

Warten wir nicht länger ab. Setzen wir dem „Klassenkampf von oben“ unseren „Klassenkampf von unten“ entgegen. Überall wo wir leben, lernen und arbeiten. ■



DGB-Demo in Stuttgart, 26. September 2026.

Foto: Helmut Roos.

Antikriegstag in Mannheim

„Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!“

H. S.

Auch in diesem Jahr fanden am 1. September in Mannheim Veranstaltungen zum Antikriegstag statt. Am Nachmittag führte eine Demo vom Plankenkopf zur Abschlusskundgebung auf dem Marktplatz. Am Abend folgte eine Kulturveranstaltung im Haus der Evangelischen Kirche.

Die Demonstration, an der sich trotz der frühen Uhrzeit etwa 200 Menschen beteiligten, wurde unterstützt von Friedensbündnis Mannheim, DIDE, ISO Rhein-Neckar, Nahostgruppe Mannheim und der IG BCE Ortsgruppe Weinheim.

Die Kulturveranstaltung mit rund 150 Besucher:innen wurde von DGB Mannheim, Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt, NaturFreunde, DFG-VK, VVN-BdA, KAB und Ökumenisches Bildungszentrum sancta clara ausgerichtet.

Positiv war, dass viele der Demonstrierenden auch an der Kulturveranstaltung teilnahmen. Dies sollte dazu führen, dass künftig – trotz zum Teil unterschiedlicher Auffassungen – die Kriegsgegner:innen in Mannheim wieder mehr zusammenarbeiten und sich noch besser vernetzen. Dieser Wunsch nach stärkerer Kooperation der Friedenskräfte wurde sowohl in den

Redebeiträgen bei der Demonstration und bei der Abschlusskundgebung als auch in den Ansprachen auf der Kulturveranstaltung deutlich.

Bei der Kundgebung auf dem Marktplatz gab es vier kurze Redebeiträge. Nalan Erol (DIDE) kritisierte die beabsichtigte Einführung der „Wehrpflicht“. Johannes Hauber (Nahostgruppe Mannheim) sprach zur verheerenden Lage in Palästina und kritisierte die deutsche Unterstützung Israels mit Waffenlieferungen. Manfred Hübner (DFG-VK) informierte über die Auswirkungen des Ukrainekrieges auf die Situation von Soldaten und Deserteuren. Helmut Schmitt (ISO Rhein-Neckar) verwies auf die sozialen Kosten der massiven Aufrüstung. Abschließend informierte eine Vertreterin des Offenen Treffens gegen Militarisierung und Krieg über das zeitgleich in Köln stattfindende Camp „Rheinmetall entwaffnen“.



Kultur zum Antikriegstag in Mannheim, 1.9.2026.

„... die Krieger in die Irre führen“

Unter diesem Motto stand die abendliche Kulturveranstaltung. Sie wurde durch Ansprachen von Max Heßlein (KdA) und Sabine Leber-Hoischen (DGB) eingeleitet. Max Heßlein beeindruckte mit seiner Kritik an der „kriegstüchtigen“ deutschen Militärpolitik nach der „Zeitenwende“ und deren fehlender Friedensperspektive.

Monika-Margret Steger, Bernd Köhler und Einhart Klucke befassten sich gemeinsam in faszinierender Weise mit der Frage von Krieg und Frieden als fast zeitlosem und stetigem Gegensatz. Mit Texten und Liedern von Bert Brecht, Bob Dylan und weniger Bekannten thematisierten sie den Krieg und dessen zerstörerische Folgen. „Die Krieger“ und ihre endlos wiederholte Behauptung, mit waffentechnischer Überlegenheit Kriege verhindern zu können, führten sie „in die Irre“.

Der starke Beifall am Ende ihres Auftritts zeigte den großen Zuspruch des Publikums für die inhaltliche und künstlerische Ausgestaltung des Abends.

Die politische Botschaft dieses Antikriegstages war, sich dem Zeitgeist der Militarisierung zu widersetzen und somit den Kampf für Frieden und gegen Sozialabbau stärken zu können.



Demo zum Antikriegstag in Mannheim, 1. September 2026.

Foto: Helmut Roos.

„Schulstreik gegen Wehrpflicht“

Gegen verpflichtende Musterungen und Kriegsdienst

A. N.

Zum vierten Mal demonstrierten am 25. September 2026 Schüler:innen in ganz Deutschland gegen den Kriegsdienst. Laut der Initiative „Schulstreik gegen Wehrpflicht“ beteiligten sich rund 45.000 Menschen an den Protesten.

Sie wollen nicht zu Drill und Gehorsam erzogen werden. Erst recht nicht wollen sie als Kanonenfutter für den deutschen Staat und die Konzerne dienen.

Verpflichtende Musterungen

Vor dem Streik wurde deutlich, dass die Vorbereitungen auf die Wiedereinführung der Kriegsdienstpflicht auf Hochtouren laufen. Exakt eine Woche vor dem Schulstreik hatte das „Verteidigungsministerium“ angekündigt, wieder verpflichtende Musterungen einzuführen.

Bisher war nur das Ausfüllen eines Fragebogens für Jungs verpflichtend. Wer darauf angegeben hatte, sich keinen Kriegsdienst vorstellen zu können, wurde auch nicht zur Musterung geladen. Diese Praxis hatte sich über den Sommer langsam geändert. Neuerdings können nun auch ganz offiziell alle männlichen 18-Jährigen eingeladen werden, unabhängig von ihren Angaben auf dem Fragebogen. Zur Untersuchung gehört wie früher schon neben einem Fitnessstest auch das übergriffige und erniedrigende Abtasten der Genitalien.

Bewegung der betroffenen Jugend

Viele Jugendliche sind entschlossen, das nicht protestlos hinzunehmen. Sie streiken weiterhin regelmäßig. Sie organisieren sich bundesweit und sind vielerorts in Streikkomitees aktiv. Am letzten September-Freitag brachten sie so laut eigenen Angaben in über 100 Städten Schüler:innen auf die Straße. Unterstützung erhielten sie dabei von der Friedensbewegung, von Teilen der GEW,



Schulstreik-Demo in Mannheim, 25. September 2026.

Foto: Helmut Roos.

gewerkschaftlichen Jugendorganisationen sowie linken Gruppierungen und Parteien.

In Baden-Württemberg protestierte eine vierstellige Zahl an jugendlichen und auch älteren Kriegsgegner:innen. Auch in Mannheim und Heidelberg wurde gestreikt. Allerdings hatten die Schüler:innen in Baden-Württemberg und Bayern diesmal nur eine recht kurze Mobilisierungszeit, da der Streik bereits kurz nach den Sommerferien stattfand.

Auffällig ist dabei, wie wenig Raum die Berichterstattung über den Schulstreik in den Massenmedien erfährt. Auch dies dürfte Ausdruck der ideologischen Kriegsvorbereitungen sein, die längst schon von den öffentlich-rechtlichen und den privaten bürgerlichen Medien betrieben werden.

Aufrüstung, Kriegsdienst und Sozialabbau

Die aktiven Schüler:innen sind sich der Zusammenhänge zwischen der Aufrüstung, die sie in den Kriegsdienst zieht, und dem massiven Sozialabbau sehr bewusst. Insbesondere stellen sie den Bezug zwischen Rüstungsausgaben und maroden Schulen mit veralteten Materialien und überlasteten Lehrkräften her. Während Milliarden in Kriegsvorbereitungen fließen, werden Bildungseinrichtungen kaputtgespart.

Vor diesem Hintergrund gilt es nun, einen geeinten Widerstand zu organisieren. Der unter anderem vom DGB angekündigte „heiße Herbst“ wird nur Erfolge zeigen, wenn er den Generalangriff auf unsere Lebensbedingungen auch als solchen bekämpft, gemeinsam mit allen betroffenen Gruppen und Bewegungen. ■



Schulstreik-Demo in Mannheim, 25. September 2026.

Foto: Helmut Roos.

Gegenwehr jetzt!

Den Generalangriff von Kapital und Politik bekämpfen

Auf Initiative und mit Unterstützung des Überbetrieblichen Solidaritätskomitees Rhein-Neckar lancierten IGM-Betriebsräte und Vertrauensleute von Mercedes-Benz Untertürkheim die Petition „Gegenwehr jetzt!“. Wir dokumentieren diesen wichtigen Aufruf und fordern zu seiner Unterstützung und Verbreitung auf (www.change.org/p/gegenwehr-jetzt).

Den Generalangriff der Bosse und ihrer Regierung stoppen.

Für kämpferische Gewerkschaften.

Für die Verteidigung unserer Errungenschaften.

In den letzten Monaten haben Wirtschaftsbosse und Regierungsvertreter über die Medien den schärfsten Klassenkampf von oben in der deutschen Nachkriegsgeschichte angezettelt. Mit der Ankündigung massiven Stellenabbaus, den Angriffen auf den Achtstundentag, den Angriffen auf unsere Renten, den Rückschritten in der Gesundheitsversorgung und all den weiteren Verschlechterungen unserer Arbeits- und Lebensbedingungen haben Unternehmensvorstände und ihre Politiker in einer konzertierten Aktion den lohnabhängig Beschäftigten den Krieg erklärt.

Mächtige halten Zeit für reif, Tarifverträge und soziale Sicherungssysteme einzustampfen.

Während superreiche Aktionäre weiterhin mit vielen Milliarden bedient werden, sollen wir die Rechnung für Managementfehler und das wirtschaftspolitische Staatsversagen bezahlen. Wieder einmal wird behauptet, wir seien zu teuer, zu unflexibel, zu oft krank und würden zu wenig leisten.

Deshalb sollen wir länger und mehr arbeiten, später in Rente gehen und weitere Einschnitte hinnehmen. Dabei sind es die Millionen von Beschäftigten, die mit ihrer Arbeit Produktion und Dienstleistung am Laufen halten und den gesellschaftlichen Reichtum erarbeiten. Die Beschäftigten sind nicht das Problem. Sie sind jeden Tag der Grund dafür, dass dieses Land überhaupt funktioniert.

Wahrscheinlich haben viele von uns zu lange an die „Sozial-

partnerschaft“ geglaubt. Denn die Realität sieht schon lange anders aus. Die Unternehmerverbände, die Bundesregierung und wir Beschäftigten verfolgen offensichtlich **sehr unterschiedliche Interessen**:

Sie wollen auf unseren Kosten ihre Krise überwinden und ihre Profite sichern oder sogar ausweiten. **Wir** dagegen wollen ein würdiges Leben mit guten Arbeitsbedingungen, sozialer Sicherheit, Gesundheit und Frieden.

Interessengegensatz erfordert Widerstand

Wer heute noch so tut, als säßen Beschäftigte, Gewerkschaften und Unternehmer im selben Boot, verschließt die Augen vor der Wirklichkeit in den Betrieben. Wir erleben täglich, dass wir in einer Klassengesellschaft leben. Wir erleben, dass die Interessen von Beschäftigten und die Interessen von Konzernvorständen immer häufiger diametral gegenüberstehen.

Die Angriffe werden nicht aufhören, wenn wir stillhalten. Unsere Interessen werden nicht dadurch verwirklicht, dass wir die Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit ausblenden. Sie werden durch Protest, Widerstand und notfalls Streik durchgesetzt. Nur so wurden unsere Rechte erkämpft und nur so können sie verteidigt werden. Die Errungenschaften, die Generationen von Kolleg:innen vor uns hart erkämpft haben, dürfen wir uns nicht kampflos aus der Hand nehmen lassen. Wenn wir heute zurückweichen, werden morgen nicht nur die nächsten Angriffe folgen.

Rechtstendenzen kommen nicht von ungefähr

Mit Akzeptanz von Verschlechterungen im Rahmen einer Agenda für den „Wirtschaftsstandort Deutschland“ tragen wir zu weiterer Unzufriedenheit in der Gesellschaft bei und fördern die Grundstimmung, unter der die AfD weiter anwächst. Menschen wenden sich nicht nach rechts, weil Gewerkschaften zu kämpferisch sind, sondern weil sie zunehmend den Eindruck gewinnen, dass niemand ihre sozialen und gesellschaftlichen Interessen wahrnimmt. Das Großkapital konnte und kann sich immer mit autoritären, antidemokratischen Systemen arrangieren, lohnabhängig Beschäftigte sind dagegen immer die Opfer derselben. Die Gewerkschaften dürfen sich nicht noch einmal durch Untätigkeit mitschuldig machen.

Wir sagen deshalb: Unsere Errungenschaften sind nicht verhandelbar!

- **Hände weg vom Achtstundentag!** Der Achtstundentag ist keine veraltete Vorschrift. Er ist eine der größten sozialen Errungenschaften der Gewerkschaftsbewegung. Wir haben ihn erkämpft und wir werden ihn verteidigen.



Protest bei Audi Neckarsulm, 29. Juli 2026.

- **Hände weg von der 35-Stunden-Woche!** Arbeitszeitverlängerung hat weiteren Personalabbau zur Folge und ist deshalb kein Beitrag zur Lösung der Krise, sondern ein Angriff auf Beschäftigte.
 - **Hände weg von unserer Rente!** Keine weitere Erhöhung des Renteneintrittsalters. Kein Angriff auf die abschlagsfreie Rente nach 45 Beitragsjahren. Die verblockte Altersteilzeit muss bleiben.
 - **Hände weg von weiterem Sozialabbau!** Unser Sozialsystem darf nicht zugunsten einer milliarden schweren Kriegswirtschaft geopfert werden.
 - **Hände weg von unseren Tarifverträgen und Arbeitsplätzen!** Schluss mit Stellenabbau, Werksschließungen und Verschlechterung unserer Arbeitsstandards.
- Mercedes, VW und andere Großkonzerne dürfen nicht zum Rammbock einer allgemeinen Offensive gegen tarifliche und soziale Standards werden.

Gegen Klassenkampf von oben mit konsequentem Widerstand von unten

Es ist gut, dass ver.di Proteste zur Verteidigung des Sozialstaats organisiert. Es ist gut, dass die IG Metall am 21. September zu einem Aktionstag in der Auto- und der Zulieferindustrie aufruft.

Es ist gut, dass der DGB am 26. September bundesweit Demos organisiert. Das alles wird aber nicht reichen. Es können nur erste Schritte in Richtung eines konsequenten Widerstands sein.

Wir brauchen Gewerkschaften als wirkliche Gegenmacht

Wir müssen dem Klassenkampf von oben unseren entschlossenen gemeinsamen gewerkschaftlichen Widerstand entgegen setzen!

Dafür brauchen wir Gewerkschaften, die...

- ... mehr Mitsprache der gewerkschaftlichen Basis – ihrer Mitglieder – zulassen.
- ... statt Rückzug auf Tarifrunden wieder mehr gesellschaftliche Verantwortung übernehmen.
- ... den Menschen nachhaltig Hoffnung geben, weil sie ihre Interessen konsequent vertreten.
- ... sich nicht auf faule Kompromisse einlassen, sondern wieder mit allen Mitteln kämpfen.
- ... keine Angst vor sozialem Ungehorsam haben, sondern denselben mit organisieren.

Denn eines ist heute so wahr, wie vor Jahrzehnten:

Wer kämpft, kann verlieren. Wer nicht kämpft, hat schon verloren.

Wer aber ent- und geschlossen kämpft wird gewinnen!

Deshalb unterschreibt jetzt für: GEGENWEHR JETZT!

Für Kampfbereitschaft statt Anpassung – für unsere Rechte, unsere Lebensstandards und unsere Zukunft. ■

Zu den 130 Erstunterzeichner:innen gehören u. a.:

- Recep Akbaş, IG Metall, stv. BRV, OV-Mitglied, AVOCARBON, Frankfurt
- Karsten Awizio, IG Metall, BRV, Alstom, Mannheim
- Karima Bennimar, ver.di, VK-Leiterin, BR, Transnet BW, Stuttgart

GEGENWEHR
JETZT!

Den Generalangriff der Bosse und ihrer Regierung stoppen. Für kämpferische Gewerkschaften. Für die Verteidigung unserer Errungenschaften.

PETITION
JETZT UNTERZEICHNEN
change.org/gegenwehr-jetzt

- Michael Clauss, IG Metall, stv. BRV, Tarifkommission Baden-Württemberg, Mercedes-Benz Werk Untertürkheim, Stuttgart
- Ihsan Demirci, IG Metall, BRV, Tarifkommission Baden-Württemberg, Bosch Automotive Steering, Schwäbisch Gmünd
- Mirkan Dogan, IG Metall, JV, Tarifkommission Mitte, Siemens, Frankfurt
- Claudia Häußler, ver.di, Vorsitzende ver.di Bezirk Stuttgart, ehem. GPRV Stadt Stuttgart, Stuttgart
- Norbert Heckl, ver.di, stellv. Vorsitzender ver.di Bezirk Stuttgart, ehem. BRV Koch, Neff & Oetinger, Stuttgart
- Konstantin Kieser, GEW, Bezirksleitung Berlin Mitte, Berlin
- Jutta Knapp, IG Metall, BRV, Mercedes-Benz AG Niederlassung Mannheim-Heidelberg-Landau, Mannheim
- Susanne Lange, IG Metall, VK-Leiterin, Mercedes-Benz Marienfelde, Berlin
- Vincent Leuze, ver.di, BR, Bundestarifkommission ÖD, Rems-Murr-Klinikum, Stuttgart
- Moritz Römmele, IG Metall, VK-Leiter, Delegierter der Geschäftsstelle Landau, Daimler Truck Werk Würth, Würth
- Christian Sämann, IGBCE, BRV, Nova-Systems, Weinheim
- Renate Schaffernicht, ver.di, GPR, Berliner Krankenhausbewegung, Charité, Berlin
- Helmut Schmitt, IGBCE, Vorsitzender der Ortsgruppe Weinheim
- Horst Schmitthenner, IG Metall, ehem. Vorstandsmitglied
- Thomas Süther, IG Metall, BR, Delegierter der Geschäftsstelle Köln, Ford Werke GmbH, Köln
- Cheyenne Todaro, IG Metall, VK-Leiterin, Tarifkommission Baden-Württemberg, Daimler Truck Werk Mannheim, Mannheim
- Kevin Westphal, IG Metall, BR, Mitglied der VKL, Tarifkommission Küste, STILL, Hamburg

Alle Erstunterzeichner:innen sind unter www.change.org/p/gegenwehr-jetzt zu finden. ■

„Gerechtigkeit erkämpfen!“

Konferenz „Betriebsräte im Visier“ am 10. Oktober in Mannheim

H. N.

Am Samstag, den 10. Oktober 2026, findet zum dreizehnten Mal im Mannheimer Gewerkschaftshaus die bundesweite Konferenz „Betriebsräte im Visier – Bossing, Mobbing & Co.“ statt. In immer mehr Unternehmen wird BR-Mobbing und Gewerkschaftsbekämpfung als „normal“ angesehen.

Bei den diesjährigen Betriebsratswahlen hat das Komitee „Solidarität gegen BR-Mobbing!“ eine weitere Radikalisierung der Bosse und der von ihnen eingesetzten Unrechtsanwälte feststellen müssen. Bereits im Vorfeld der Wahlen häuften sich die Versuche, deren gesetzlich geregelte Durchführung zu be- oder sogar zu verhindern.

Mit Verleumdungen, systematischer Einschüchterung und Verdachtskündigungen gingen Manager und ihre Handlanger gegen aktive BR- und Gewerkschaftsmitglieder vor. Viele wurden durch langanhaltendes Mobbing so zermürbt, dass sie nicht mehr kandidierten oder sogar das Unternehmen verließen.

In der Einladung zur Konferenz heißt es: „In Einzelfällen kam es sogar zur betrügerischen Insolvenz, um sich des Betriebsrats und der Tarifbindung zu entledigen. Solche illegalen Machenschaften konnten manchmal erfolgreich gestoppt werden. Aber die Breite und Hemmungslosigkeit der Angriffe auf Menschen, die ihre Rechte aus dem Betriebsverfassungsgesetz wahr-

nehmen, ist alarmierend. Seitens der Bundesregierung und der Landesregierungen wird dieser Skandal weiterhin ignoriert.“

Faschistisches Arbeitsunrecht

Bis heute wirkt hierzulande das faschistische Arbeitsunrecht unter anderem durch Verdachtskündigungen nach. Das ist für die Herrschenden und ihre politischen Vertretungen jedoch keine Kümmeris. Die veröffentlichte Meinung interessiert sich in der Regel weder dafür noch für den Fakt, dass nur noch knapp 40 % aller Beschäftigten von einem Betriebs- bzw. Personalrat vertreten werden.

In der Entschließung der letztjährigen Tagung haben die Teilnehmer:innen festgestellt: „Widerstand gegen diese skandalösen Zustände ist angesagt. Wir bekräftigen deshalb die Feststellung [...]: ‚Es ist zwingend erforderlich, demokratische Gegenmacht in der Arbeitswelt zu stärken. Sie ist wesentlich, um Betriebsrats- und Gewerkschaftsbekämpfung, die sich verschärfenden Angriffe auf Arbeitsplätze und den auch dadurch weiter geförderten bedroh-

Betriebsräte im Visier

Bossing, Mobbing & Co.

Gerechtigkeit erkämpfen!

Konferenz
mit betroffenen Kolleg:innen aus verschiedenen Branchen,
 Kai Burmeister (DGB-Vorsitzender Baden-Württemberg)
 Thomas Hahl (Erster Bevollmächtigter IGM Mannheim)
 Kathrin Bero (Geschäftsführerin ver.di Rhein-Neckar)
 James Bajert (Leiter Tesla-Team der IGM)
 Alexander Mohrhang (IG Metall Vorstand)
 Wolfgang Thurner (IG Metall Vorstand)
 und vielen anderen

Samstag, 10. Oktober 2026
13:00 – 19:00 Uhr
 Gewerkschaftshaus Mannheim
 Hans-Böckler-Str. 1, 68161 Mannheim

www.gegen-br-mobbing.de

Komitee „Solidarität gegen BR-Mobbing“ Mannheim
 mit freundlicher Unterstützung der IG Metall Mannheim
 sowie der Arbeitsstelle gegen Unions-Bossing beim IGM-Vorstand, DGB Baden-Württemberg,
 IG BCE OG, Weinheim, Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt Baden, Überbetriebliches
 Solidaritätskomitee Rhein-Neckar, ver.di Rhein-Neckar, werk-wach Köln

lichen Rechtsruck stoppen zu können.‘ Dazu aufgerufen sind alle demokratischen Kräfte, insbesondere aber wir mit unseren Gewerkschaften.“

Mit der bevorstehenden Zusammenkunft wollen die Veranstalter:innen „einen weiteren Beitrag zur Stärkung der bundesweiten Zusammenarbeit gegen BR-Mobbing und Gewerkschaftsbekämpfung leisten“. Vor allem aber soll „erneut ein solidarisches Forum zum persönlichen Austausch von Erfahrungen und zur praktischen Unterstützung“ angeboten werden.

Wegen des begrenzten Platzangebots ist eine rechtzeitige schriftliche Anmeldung an die Veranstalter:innen sehr sinnvoll. ■

Weitere Infos gibt es hier:

<https://gegen-br-mobbing.de/>
https://www.instagram.com/br_soli/
<https://mastodon.social/@gegenbrmobbing>

Anmeldung über folgende Adressen:

Mail: solidaritaet@gegen-br-mobbing.de

Post: Komitee „Solidarität gegen BR-Mobbing!“, Speyerer Str. 14, 68163 Mannheim



Solidarität gegen BR-Mobbing in Mannheim, 17. September 2026.

Foto: Privat.

Einstufung des Leipziger Drohnenvorfalles als „feindstaatliche Operation“ (I)*

Regierung erlaubt sich militärische Aktionen gegen Russland

M. K.

Die von der Bundesregierung ohne vorliegende Beweise beschlossenen Konsequenzen auf den Drohnenvorfall von Leipzig trafen bei großen Medien kaum auf Kritik. Es sei denn, dass die Maßnahmen als zu spät und zu lasch und die vorherige Sicherheitslage als unzureichend kritisiert wurden.

Die Stellungnahmen friedensbewegter, antimilitaristischer Organisationen erhielten nur verschwindend geringe mediale Aufmerksamkeit. Sie kritisierten die Maßnahmen als Ausdruck einer gefährlichen Eskalationslogik und warnten vor der Militarisierung politischer Sprache („feindstaatliche Operation“). Statt militärischer Reaktionen fordern sie Transparenz, diplomatische Deeskalation und eine Rückkehr zu zivilen Sicherheitskonzepten.

Die öffentliche Diskussion konzentriert sich aktuell stark auf diese von der Regierung beschlossenen Maßnahmen. Dadurch werden aber einige Aspekte in ihrer Bedeutsamkeit unterschätzt oder sie bleiben ganz unter dem Radar. Vor allem die Einstufung des Vorfalles als „feindstaatliche Operation“ ist wesentlich mehr als eine mögliche Militarisierung politischer Sprache.

Mit der offiziellen Verwendung dieses Begriffes ist eine Militarisierung politischer Sprache bereits vollzogen. De facto entsteht ein Narrativ der Feindlichkeit: „Dieser Staat greift uns an – wir müssen reagieren.“ Das aber verändert erwartbar und bereits beobachtbar die öffentliche Wahrnehmung, die diplomatische Sprache und die strategische Planung.

Schritte zum Krieg

Der Ausdruck „feindstaatliche Operation“ wird zu einem Kampfmittel, das vielfach verwendet werden kann: Zur Legitimation innenpolitischer „Sicherheitsmaßnahmen“, zur Abschreckung nach außen und international zur Vorbereitung gemeinsamer Reaktionen mit Partnerstaaten. In der psychologischen Wirkung ist dies auf mehreren Ebenen ein Riesenschritt hin zum Krieg.

Die regierungsamtliche Verwendung des Begriffes „feindstaatliche Operation“ ist aber auch in rechtlicher und institutioneller Hinsicht ein großer Schritt hin zum Krieg und weg von der parlamentarischen Demokratie.

Zunächst ändert dieser Begriff die Zuständigkeit für die Ermittlungen. Es wird jetzt nicht mehr strafrechtlich ermittelt, weil der Vorgang als ausländische nachrichtendienstliche bzw. militärische Operation eingestuft wird und nicht als klassische Straftat. Damit liegt die Zuständigkeit nicht mehr bei Polizei und Staatsanwaltschaft, sondern bei der Bundeswehr, BND, MAD und dem Krisenstab der Bundesregierung.

Das hat weitere hoch bedeutsame Folgen. Die klassische Gewaltenteilung wird faktisch aufgehoben. Wenn Ermittlungen in die Hände des Militärs und der Geheimdienste übergehen, wird der Vorgang der öffentlichen und richterlichen Kontrolle entzogen. Das weitere Vorgehen besteht jetzt aus politischen Maßnah-

men und nicht aus strafrechtlichen Schritten. Letztere müssen sachlich und beweisgestützt sein; politische Maßnahmen können auf Bewertungen beruhen.

Aushebelung von Kontrolle

Gegen strafrechtliche Maßnahmen können sich Betroffene rechtlich wehren, gegen politische Maßnahmen dieser Art nicht. Strafrechtliche Maßnahmen unterliegen der Gewaltenteilung, politische Maßnahmen dieser Art nicht.

Last not least: Nachrichtendienstliche und militärische Ermittlungen sind geheim. Bürger:innen können sich nicht mehr informieren, wie begründet die eingeleiteten Schritte wie die Schließung des russischen Konsulats überhaupt sind. Wenn der Staat sagt: „Wir haben Beweise, dass Russland X getan hat“, muss er dies jetzt nicht mehr belegen. Weil er es nicht „beweisen“ kann, ohne Geheimdienstmethoden offenzulegen. Die parlamentarische Kontrolle ist – ganz legal – ausgehebelt aus Gründen der „Sicherheitslogik“.

Und wiederum entstehen weitere gefährliche Konsequenzen: Noch vorhandenes Vertrauen in das parlamentarische System wird in einer Weise erodieren, die Rechtsextremen in die Hände spielt. Zudem werden Eskalationsrisiken weniger beherrschbar, weil die demokratische Kontrolle ausbleibt. Und weil die Gegenseite die Hintergründe politischer Maßnahmen weniger kennt und diese eher feindselig interpretiert. ■

* [Teil II wird sich in der November-Ausgabe von *Avanti*² damit beschäftigen, was die Einstufung als „feindstaatliche Operation“ für das Risiko eines deutsch-russischen Krieges bedeutet.]



DGB-Demo in Stuttgart, 26. September 2026.

Foto: Helmut Roos.

Lechleiter-Gedenken 2026

„Solidarität statt sozialer Kälte“

Rund 130 Menschen beteiligten sich am diesjährigen Gedenken an die antifaschistische Widerstandsgruppe um Georg Lechleiter (zu ihrer Geschichte siehe <https://iso-4-rhein-neckar.de/erinnern-heisst-kaempfen/>). Wir geben im Folgenden die aus Platzgründen leicht gekürzte Eröffnungsrede von Andreas Hauk (Vorstandsmitglied der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten / VVN-BdA Kreisvereinigung Mannheim) wieder.

Erinnerung lebt davon, dass sie von Mensch zu Mensch weitergegeben wird. Sie bleibt nicht bei der Geschichte stehen, sondern verbindet die Generationen miteinander und wird so Teil unserer Gegenwart.

Aber wir wollen heute nicht nur zurückblicken. Wir erinnern an Menschen, die sich entschieden haben, nicht wegzusehen und sich nicht anzupassen. Und deshalb stellt sich auch für uns die Frage, was wir heute tun, wenn Menschenfeindlichkeit, soziale Ausgrenzung und autoritäre Antworten wieder en vogue werden.

Vor wenigen Tagen hat die AfD die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt mit 43,8 Prozent gewonnen. Sie hat ihr Ergebnis von vor fünf Jahren mehr als verdoppelt und die absolute Mehrheit nur knapp verpasst.

Das ist kein Randphänomen mehr. Das ist Realität, die auf uns zurollt. Eine Realität, der wir uns gemeinsam entgegenstellen und die wir brechen müssen. Denn für viele Menschen ist das ganz real bedrohlich: für Migrantinnen und Migranten, für queere Menschen, für Linke und für alle, die anders sind.

Aber der Aufstieg der Rechten fällt nicht vom Himmel. Er hat auch damit zu tun, wie Politik auf soziale Krisen antwortet.

Die Politik der Großen Koalition steht für uns nicht für einen Aufbruch, als der sie uns verkauft werden soll, sondern für Sachverwaltung oder gar Zuspitzung dieser elenden Verhältnisse. Während für diejenigen, die ohnehin viel besitzen, immer wieder Entlastungen und neue Spielräume geschaffen werden, wird der Mehrheit zugemutet, mit steigenden Mie-

ten, hohen Lebenshaltungskosten, prekären Arbeitsverhältnissen und immer weniger Perspektive zurechtzukommen.

Diese soziale Kälte schafft Unsicherheit und Frust. Und wo Menschen das Gefühl bekommen, dass ihre Interessen keine Rolle spielen, sie keine Handlungsmacht haben, haben rechte Kräfte leichtes Spiel, wenn sie soziale Probleme in Hass auf diejenigen umdeuten, die vermeintlich noch weniger haben oder ohnehin ausgegrenzt werden. Die einzige Handlungsmacht, die einem die AfD anbietet, ist es zu entscheiden, wer vom Schlauchboot ins Mittelmeer getreten wird, ist es zu entscheiden, wem es noch schlechter gehen darf.

Unsere Antwort auf dieses widerwärtige Angebot muss eine klare Absage sein. Ein deutliches ‚Nein!‘ Unsere Antwort ist Solidarität statt Spaltung.

Wir wollen eine Gesellschaft, in der niemand gegen jemand anderen ausgespielt wird. Eine Gesellschaft, in der unterschiedliche Lebensentwürfe selbstverständlich nebeneinander Platz haben. In der Vielfalt nicht als Bedrohung gilt, sondern als Stärke. Und in der Zusammenhalt nicht bedeutet, dass sich alle anpassen müssen, sondern dass wir füreinander eintreten. Eine Gesellschaft, die es Menschen erlaubt in Würde zu leben.

Genau darin liegt auch eine Verbindung zu Georg Lechleiter und seinen Mitstreiterinnen und Mitstreitern. Sie haben uns nicht nur ein Vermächtnis des Widerstands hinterlassen. Sie haben uns gezeigt, was möglich wird, wenn Menschen sich zusammenschließen, wenn sie einander vertrauen und wenn Solidarität stärker ist als Angst. Auch wenn ihre Feinde übermächtig erschienen, unser Gedenken zeigt, dass sie gewonnen haben.

Und vielleicht ist das die wichtigste Botschaft, die wir von diesem Gedenken mitnehmen können: Faschismus begegnet man nicht nur mit Erinnerung. Man begegnet ihm mit einer Gesellschaft, die niemanden zurücklässt. Mit Solidarität statt sozialer Kälte, mit Zusammenhalt statt Spaltung und mit Vielfalt statt Ausgrenzung.

Diese Haltung lebt nicht nur in Worten. Sie lebt in den Menschen und Initiativen, die sich heute engagieren – auf der Straße, in Betrieben und Gewerkschaften, in antifaschistischen Gruppen, in queeren Zentren und überall dort, wo Menschen sich nicht damit abfinden, dass Rechte bestimmen, wer dazugehören darf.



Lechleiter-Gedenken in Mannheim, 15. September 2026. Foto: Helmut Roos.

Hoch die internationale Solidarität!

Antikapitalistisches Jugendcamp in Süddeutschland

O. R.

Eine Woche lang kamen im Juli in Süddeutschland über 300 junge Genoss:innen aus mehr als 20 Ländern zusammen. Jedes Jahr organisiert die Jugend der IV. Internationale ein Sommercamp. 2026 war die Bewegung für den Sozialismus (BfS) an der Reihe, unterstützt von unseren jüngeren Genoss:innen der ISO. Für die ISO hatte das Sommercamp eine besondere Bedeutung: Danach gründete sich hierzulande eine neue Jugendorganisation in Solidarität mit der IV. Internationale – der Rote Stachel.

Im Folgenden geben wir einen von uns gekürzten und überarbeiteten Bericht von Eylem und Emil Schneider vom BfS wieder.

Eine lange Woche neigt sich dem Ende zu. Obwohl die meisten Genoss:innen müde von der intensiven Woche sind, blockieren sie symbolisch die Reisebusse der Delegationen, die das Camp bereits am Freitagabend verlassen. Andere feiern noch einmal, als ob am nächsten Tag nicht noch das ganze Camp abgebaut werden müsste. Denn gemeinsam haben die verbliebenen Genoss:innen die übriggebliebene Campwährung genutzt, um die gesamte Bar aufzukaufen, sodass an diesem Abend alle Getränke gratis sind. Während diese klitzekleinen Schritte in Richtung klassen- und geldlose Gesellschaft passieren, zerbrechen sich andere noch den Kopf darüber, wie sie am nächsten Tag weiterfahren sollen.

Oase inmitten des kapitalistischen Alltags

Das Camp kommt an diesem Freitagabend langsam zu seinem Ende. Über 300 Genoss:innen werden nach einer Woche gelebter Solidarität mit jungen Genoss:innen aus vielen verschiedenen Ländern in ihren Alltag zurückkehren. Für viele wird es wie jedes Jahr eine schwierige Rückkehr in den kalten, kapitalistischen Alltag sein. Doch genauso gibt es immer wieder Kraft, zurückzukommen und weiterzukämpfen – inspiriert durch die Perspektiven, die das Camp jedes Jahr bietet. Genauso bleibt die Vorfreude auf das nächste Sommercamp in Frankreich.

Über eine Woche hinweg haben wir uns in Workshops, Vorträgen, Treffen von Delegationen und von Gruppen mit besonderen Unterdrückungserfahrungen ausgetauscht und weitergebildet. Angesichts des Aufstiegs der extremen Rechten, dem queerfeindlichen und antifeministischen Rückschlag, dem autoritären Staatsumbau durch die sogenannte Mitte, der rassistischen Gewalt an den Grenzen und innerhalb von Staaten, der Aufrüstung, den imperialistischen Raubzügen, den Genoziden und insbesondere der eskalierenden Klimakrise, tritt die Notwendigkeit der internationalen Vernetzung und eines revolutionären, ökosozialistischen Umbaus der bestehenden Ordnung immer deutlicher zutage.

Vielfältiges politisches Programm

Das Camp-Programm umfasste verschiedene Aktivitäten, Ar-

beitsgruppen, Vorträge, Meetings und andere Veranstaltungen, bei denen politische Diskussionen in vielen verschiedenen Formaten stattfanden. Wir diskutierten verschiedene theoretische Analysen. Jeder Tag hatte ein bestimmtes Überthema: Antiimperialismus, Antifaschismus, Feminismus, queere Befreiung, Ökosozialismus, Antirassismus, Arbeitskämpfe/Gewerkschaften und Strategie/Partei/Organisation.

Daneben gab es auch praktische Arbeitsgruppen, in denen beispielsweise das Anführen eines Demoblocks gelernt werden konnte. Insgesamt war das Programm wie immer sehr dicht, inspirierend, aber auch herausfordernd.

Internationale Vernetzung

Wie jedes Jahr bedauern wir den Mangel an Ressourcen, der dazu führt, dass das Camp deutlich mehr Menschen aus Europa als aus anderen Erdteilen mobilisiert. Die Teilnahme von einzelnen Genoss:innen aus Argentinien, Brasilien, Mexiko, Hong Kong, Indonesien, Lettland, den Philippinen, der Türkei und der Ukraine wurde deshalb umso mehr geschätzt. Die während des Camps geschaffene Vernetzung wird hoffentlich viele Jahre halten – auch jenseits des Sommercamps. ■



Delegationstreffen beim Sommercamp, Ende Juli 2026.

„Aufstehen. Zusammenhalten. Demokratie!“

Kundgebung gegen Rechts

E. B.

Am 21. September 2026 fand auf Initiative von Gemeinderäten der Grünen eine Kundgebung gegen Rechts auf dem Mannheimer Marktplatz statt. Laut Veranstalter:innen nahmen daran 5.000 Menschen teil.

Im Aufruf zu der Protestaktion war zu lesen: „Die Wahlergebnisse in Sachsen-Anhalt [...] sind für viele ein Schock. Für uns eine dringende, aber leider erwartbare Warnung. Denn ein Großteil der Politik hat sich seit Jahren von den wirklichen Problemen der Menschen entfernt. Wut und Enttäuschung allein reichen nicht. Der Ernstfall für unsere Demokratie ist eingetreten. Wir müssen aufstehen, uns widersetzen und zusammenhalten! Über diese Kundgebung hinaus! Entscheidend ist, was wir jetzt daraus machen.“

Leider spielten Gewerkschaften auf der Kundgebung keine wahrnehmbare Rolle. Die stillschweigende Abgrenzung nach Links war ein ebenso großes Manko wie die fehlende Kritik an der bedrückenden Realität der umstandslos als „Demokratie“ bezeichneten deutschen Klassengesellschaft. Wir erinnern an Max Horkheimers Satz: „Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen.“



Kundgebung gegen Rechts in Mannheim, 22. September 2026.

ISO/IV. Internationale

Wer wir sind und was wir wollen

Die Internationale Sozialistische Organisation (ISO) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert die ISO alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Sie unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Sie setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Sie fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel der ISO ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen.

TERMINE (weitere Infos bei der ISO Rhein-Neckar)

- SAM, 03.10.26, 13 Uhr, Friedensdemo, Schloßplatz, Stuttgart (Abfahrt ab MA Hbf. um 10:30 Uhr, Gleis 11)
- SO, 04.10.26, 15 Uhr, 9. Kulturfest bei Schiller, Ecke B3/C3, MA
- MI, 14.10.26, 19 Uhr, ISO-Infoabend, „Wo bleibt der heiße Herbst?“, MA
- DO, 15.10.26, 15:00 Uhr, Überbetriebliches Solidaritätskomitee Rhein-Neckar, IGM-Konferenzraum, Gewerkschaftshaus, MA
- SAM, 10.10.26, 13 Uhr, 13. Bundeskonferenz „BR im Visier“, Gewerkschaftshaus, MA
- Mo, 12.10.26, 19 Uhr, Veranstaltung „Iran und die Krise der US-Hegemonie“, Bürgerhaus Neckarstadt, Lutherstr. 15-17, MA
- SAM, 31.10.26, 14 Uhr, ISO-Herbstseminar „Sozialer Widerstand – eine ferne Utopie?“, MA



Impressum:
ISO Rhein-Neckar
VdSP: ISO, 68026 MA

ISO, Postfach 10 26 10, D-68026 Mannheim
Tel./Fax: +49 (0) 621/429 481 54
Email: info@iso-4-rhein-neckar.de

Netz: www.iso-4-rhein-neckar.de
Facebook: www.facebook.com/iso.4.rn
Instagram: www.instagram.com/isorheinneckar

